

Potsdam (dpa/bb) - Wegen der ungeklärten Misshandlungsvorwürfe fordert die Linke weiterhin eine Schließung der umstrittenen Haasenburg-Heime in Brandenburg. «Wir erneuern die Forderung, die Kinder anderwärtig unterzubringen, solange die Vorwürfe nicht geklärt sind», sagte der jugendpolitische Sprecher der Linke-Fraktion im Potsdamer Landtag, Torsten Krause, am Dienstag. Der Belegungsstopp, den Bildungsministerin Martina Münch (SPD) ausgesprochen hat, reicht aus Sicht der Linken nicht aus.

In diesem Punkt gebe es einen Dissens mit dem Koalitionspartner. Es stünden massive Vorwürfe im Raum gegen den Heimbetreiber, die Haasenburg GmbH. Bei vergleichbaren Fällen innerhalb von Familien würden Kinder und Jugendliche in Obhut genommen, sagte Krause bei einem Fachgespräch.

Ausgelöst durch die Misshandlungsvorwürfe gegen die Haasenburg-Heime, sucht die Politik nach Lösungen für die Zukunft. Die Linke-Fraktion will sich im Gespräch mit Experten eine Position erarbeiten. Dafür wurde zunächst der Soziologe Friedhelm Peters, Vorstandsmitglied der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen, gehört.